

zu TOP

Mainz, 26.11.2014

Anfrage 1756/2014 zur Sitzung am Inklusion in Mainz (FDP)

Seit 1. August 2014 haben Eltern von behinderten Kindern in Rheinland-Pfalz laut Schulgesetz die freie Schulwahl. Laut der aktuellen Tagespresse wird zur Finanzierung der Inklusion die Landesregierung ab 2015 jährlich 10 Millionen Euro dafür bereitstellen. Dies ist, um Inklusion richtig umzusetzen, zu wenig, bezogen auf alle Schulen in Rheinland Pfalz. Daher befürchtet die FDP Stadtratsfraktion, dass die Stadt erhebliche Mehrkosten stemmen muss, um eine gute Inklusion zu gewährleisten. Diese Mehrkosten dürften nach dem Konnexitätsprinzip (seit 2004) aber nicht anfallen. Hier kommt die Landesregierung ihren Pflichten nicht nach.

Wir fragen an:

1. Mit welchen jährlichen Landeszuschüsse rechnet die Stadt Mainz ab 2015?
2. Reichen aus Sicht der Verwaltung die Zuschüsse um eine erfolgreiche Inklusion zu betreiben aus?
3. Welche Kosten sind der Stadt Mainz im Jahr 2014 zur Umsetzung der Inklusion entstanden?
4. Mit welchen Kosten rechnet die Stadt für 2015?
5. Welche Aufgaben haben 2015 die höchste Priorität bei der Umsetzung von Inklusion an Mainzer Schulen?
6. Wann genau und in welcher Reihenfolge sollen diese umgesetzt werden?

Herr Walter Koppius
FDP-Fraktionsvorsitzender